

20.01.2017

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

zunächst einmal möchte ich euch allen noch ein frohes und gesundes neues Jahr 2017 wünschen. Ich hoffe, ihr habt euch über die Feiertage gut erholt und Energie für das neue Jahr getankt.

Mit neuer Kraft bin auch ich am Montag in diese erste Sitzungswoche im neuen Jahr gestartet. Obwohl erst wenige Tage vergangen sind, sind wir hier in Berlin bereits in den Endspurt dieser Wahlperiode eintreten. Vor der Bundestagswahl am 24. September gilt es für uns als CDU/CSU-Fraktion nun umso mehr, zusammenzuarbeiten und gemeinsam erfolgreich in das Wahljahr 2017 zu starten. Auch wenn ich mit unserer Bundeskanzlerin zuletzt nicht immer einer Meinung war, bin ich nach wie vor überzeugt, dass sie auch in Zukunft die Richtige für den Job ist, denn sie steht für Kontinuität, Stabilität und Menschlichkeit. Ich werde Angela Merkel deshalb im Wahlkampf voll und ganz unterstützen.

Bei all den bevorstehenden wichtigen Aufgaben sind wir in dieser Woche zu Beginn des neuen Jahres trotzdem nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen. Am Abend des 19. Dezember haben auf dem Berliner Breitscheidplatz zwölf Menschen ihr Leben durch einen gewaltsamen Terroranschlag verloren. Zahlreiche Opfer wurden zum Teil schwer verletzt, noch heute sind einige von ihnen in Krankenhäusern. In einem Gottesdienst in der Berliner Gedächtniskirche haben wir der Opfer und ihrer Angehörigen in würdiger Weise gedacht. Zu Beginn des Plenums in dieser Woche wurde im Andenken an die Opfer inne gehalten. Meine Gedanken sind bei ihnen und ihren Familien. Auf politischer Ebene hat unser Bundesinnenminister DeMaizière bereits reagiert und gute Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Deutschland gemacht. Ich unterstütze seinen Vorstoß hier voll und ganz.

Herzliche Grüße
Ihr/Euer

Berichterstattegespräch im Petitionsausschuss

Am Montag habe ich in meiner Funktion als Mitglied des Petitionsausschusses ein Berichterstattegespräch mit Vertretern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geführt. Anlass dazu war eine Petition zum Thema nukleare Ver- und Entsorgung im Atomkraftwerk Cattenom in Frankreich. Auch solche Aufgaben gehören zur Arbeit im Petitionsausschuss.



Foto: Berichterstattegespräch des Petitionsausschuss

Alle Schreiben mit einer Bitte oder Beschwerde an den Bundestag landen beim Petitionsausschuss, der die Petitionen prüft und berät. Dabei kommt es regelmäßig vor, dass wir Abgeordneten in einer bestimmten Thematik Handlungsbedarf sehen. In diesen Fällen laden wir Vertreter der fachlich zuständigen Ministerien ein, die zu dem uns vorliegenden konkreten Sachverhalt Stellung nehmen. Schon oft ist es uns im Zuge eines solchen Gesprächs gelungen, Gesetzeslücken auszumachen und Handlungserfolge zugunsten unserer Petenten zu erzielen.

Opfer gedenken, Tatgeschehen aufklären, innere Sicherheit ausbauen

Der am 19. Dezember in Berlin geschehene Anschlag muss lückenlos aufgeklärt werden. Es gilt vorurteilsfrei zu klären, wie ein Anschlag durch einen als Gefährder eingestuften Islamisten passieren konnte. Einen ersten Bericht zur Chronologie der Ereignisse hat die Bundesregierung unter Einbeziehung der betroffenen Bundesländer vorgelegt. Wir haben uns in der Koalition darauf verständigt, dass eine Taskforce des Parlamentarischen Kontrollgremiums in einem ersten Schritt im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Hintergründe der Tat beleuchtet. Nach Vorlage des Berichts werden wir zeitnah entscheiden, wie sich der Deutsche Bundestag weiter mit der Aufklärung und den notwendigen Konsequenzen befassen wird. Wir bleiben offen für einen Untersuchungsausschuss. Einen Sonderermittler halten wir nicht für zielführend.

Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits eine Menge bei der inneren Sicherheit erreicht. Wir haben das Personal bei den Sicherheitsbehörden deutlich aufgestockt

und ihre Befugnisse ausgeweitet. Wir sind uns aber in der Koalition einig, noch weitere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit auf den Weg zu bringen, wie etwa einen weitergehenden Einsatz von Fußfesseln gegen Gefährder. Bundesinnenminister de Maizière hatte bereits im Oktober letzten Jahres konkrete Vorschläge für die Senkung der Hürden bei der Abschiebehaft und eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams vorgelegt, die der Koalitionspartner damals abgelehnt hat. Wir begrüßen, dass nunmehr eine Einigung innerhalb der Koalition erzielt werden konnte.

Wichtig ist es, nicht nur die Konstellation des jüngsten Terroranschlags im Blick zu haben, sondern insgesamt noch besser gegen terroristische Gefahren gewappnet zu sein. Dabei muss auch grundsätzlich über die Sicherheitsarchitektur nachgedacht werden. Mit Blick auf die Kompetenzen in Bund und Ländern darf es keine Denkverbote geben.

Ausbildungsunterstützung in der Region Kurdistan-Irak

Die Bundesregierung beantragt die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte, worüber wir in erster Lesung beraten. Die Sicherheitslage im nördlichen Irak ist nach wie vor instabil und die Gefährdungslage durch die Terroristen des IS besteht trotz Erfolgen der kurdischen Peschmerga unverändert weiter. Über die Verbesserung der Ausbildung dieser Kräfte unterstützt Deutschland aktiv die Stabilisierung der Region. Das Mandat soll bis zum 31. Januar 2018 verlängert werden.

Bundespolitik für starke ländliche Räume

Rund 90 % der Fläche Deutschlands sind ländliche Räume. Dort leben etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger und der überwiegende Teil unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft, des Handwerks und des verarbeitenden Gewerbes schaffen „auf dem Land“ unseren Wohlstand. Die Union steht für starke ländliche Räume und arbeitet kontinuierlich daran, die Bedingungen für ihre Entwicklung zu verbessern. Für die Leistungsfähigkeit und eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum brauchen wir gute Verkehrswege, schnelle Internetverbindungen und eine zukunftsorientierte Landwirtschaft. Wie wichtig eine gute Infrastruktur im umfassenden Sinne gerade für die Wirtschaft ist, hat der neue BDI-Präsident Prof. Kempf jüngst verdeutlicht: 2/3 der Arbeitsplätze befinden sich im ländlichen Raum. Wir müssen als Partei der ländlichen Räume dafür sorgen, dass dies so bleibt.

Einbruchdiebstahl wirksam bekämpfen

Den Gesetzentwurf von Bundesminister Maas zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls haben wir gestoppt. Wir wollen, dass der Einbruchdiebstahl mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft wird und so die Einstellung von Verfahren schwerer wird. Zudem sollen die Strafermittlungsbehörden das Instrument der Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung dieser Straftaten einsetzen können. Dies sieht der Gesetzentwurf von Bundesminister Maas bisher nicht vor. Wir fordern nach wie vor von der SPD, ihren Widerstand gegen die Mindeststrafe von einem Jahr aufzugeben, und werden darüber auch öffentlich diskutieren.

Aufwärtstrend beim Nachwuchs

Die Geburtenrate in Deutschland hat im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1,50 Kindern je Frau erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer den höchsten Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die positive Entwicklung bei der Zahl der Neugeborenen seit dem Jahr 2012 fort. Besonders viele Kinder wurden in den ostdeutschen Bundesländern geboren. Entsprechend führen Sachsen (1,59), Thüringen (1,56) und Mecklenburg-Vorpommern (1,55) als Spitzengruppe das Länderranking an. Das durchschnittliche Alter der Mütter blieb fast unverändert bei 31 Jahren.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer